

**Heinz-Elmar Tenorth**  
**UNIVERSITÄT IN DER STADT –**  
**WISSENSCHAFT FÜR DIE GESELLSCHAFT**

aus:

**100 Jahre Hauptgebäude der Universität Hamburg.**

**Reden der Festveranstaltung** am 13. Mai 2011 und anlässlich der Benennung der Hörsäle H und K im Hauptgebäude der Universität nach dem Sozialökonom **Eduard Heimann (1889–1967)** und dem Juristen **Albrecht Mendelssohn Bartholdy (1874–1936)**

(Hamburger Universitätsreden Neue Folge 18.

Herausgeber: Der Präsident der Universität Hamburg)

S. 19–43

Hamburg University Press

Verlag der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg

Carl von Ossietzky



## **INHALT**

- 7 BEGRÜSSUNG  
des Universitätspräsidenten  
Dieter Lenzen
- 13 GRUSSWORT  
der Senatorin für Wissenschaft und Forschung  
Dorothee Stapelfeldt
- 19 FESTVORTRAG  
**Heinz-Elmar Tenorth:**  
**Universität in der Stadt – Wissenschaft für die Gesellschaft**
- 45 STUDENTISCHER BEITRAG  
Till Petersen:  
Verhältnisse schaffen, welche die Barbarei unmöglich  
machen
- WÜRDIGUNG DES NAMENSGEBERS FÜR HÖRSAAL H
- 51 Zeittafel Eduard Heimann
- 53 Heinz Rieter:  
Eduard Heimann (1889–1967)
- WÜRDIGUNG DES NAMENSGEBERS FÜR HÖRSAAL K
- 63 Zeittafel Albrecht Mendelssohn Bartholdy
- 65 Rainer Nicolaysen:  
Albrecht Mendelssohn Bartholdy (1874–1936)
- 73 REDNERINNEN UND REDNER
- 75 GESAMTVERZEICHNIS DER BISHERIGEN HAMBURGER  
UNIVERSITÄTSREDEN
- 82 IMPRESSUM



## HEINZ-ELMAR TENORTH

### UNIVERSITÄT IN DER STADT – WISSENSCHAFT FÜR DIE GESELLSCHAFT<sup>1</sup>

#### I.

Jubiläen bringen es an den Tag: Das Wissenschaftssystem in Deutschland hat seine eigene Dynamik. Politisch beflügelt oder gelähmt (je nach Standpunkt) ergibt sich ein Rhythmus wie z. B. bei der Bologna-Reform: zehn Jahre Aktivitäten, zehn Jahre kontinuierliches Nachbessern, Dauerstreit. Politische Ereignisse setzen aber auch langfristig wirksame Zäsuren – 1933, 1945 oder 1990 konnte man das erleben, aber da war neben der Zäsur gleichzeitig immer auch Kontinuität gegeben, z. B. eine Bestätigung alter Formen von Universität und Wissenschaft, denkt man – jetzt aus Berliner Perspektive – etwa an die Gründung der Freien Universität 1948 gegen die Universität in der Mitte der Stadt oder an die Übernahme des bundesrepublikanischen Wissenschaftssystems 1990.

Wirklich Struktur verändernde und gar ganz neue Strukturen erzeugende Ereignisse sind selten, sie haben anscheinend auch einen Rhythmus, der auf Zeiten langer Dauer basiert und eher der Eigenlogik von Wissenschaft folgt. Hundert Jahre sind offenbar das deutsche Maß: 1810/11 – 1911 – 2010/11. So würde ich für das moderne Wissenschaftssystem die Zeitpunkte thesenhaft verdichten und auf symbolische Ereignisse zuspitzen: Die symbolische Repräsentation der modernen Forschungsuniversität z. B. ist, nach langen Vorarbeiten in Jena oder Göttingen, in der Berliner Gründung 1810 gegeben, und zwar reflexiv und institutionell, in der Selbstbeschreibung wie in der Fremdbeobachtung. Die Krise des damit konstituierten Wissenschaftssystems wird am Beginn des 20. Jahrhunderts sichtbar und sie

manifestiert sich, 1911, in zäsursetzenden neuen Optionen: Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft nimmt in Berlin ihre Arbeit auf (und lebt bis heute in der Max-Planck-Gesellschaft fort), die deutsche Universität wird städtisch und lokal modernisiert, in konflikthaften Etappen, für die ebenfalls das Jahr 1911 steht – in der Stadtverordnetenversammlung in Frankfurt am Main wird im Frühjahr 1911 die erste Stiftungsuniversität in Deutschland beraten und beschlossen und in Hamburg wird das Vorlesungsgebäude eröffnet. Und ob 2010/11, Zieljahr der Bologna-Reform und vorläufiger Abschluss der Exzellenz-Initiative, erneut eine solche Zäsur bedeutet, das wird am Ende zu fragen sein, wenn die Strukturen gezeigt sind, die seit 1911 das Wissenschaftssystem in Deutschland nachhaltig prägen, im Grunde bis heute, neu thematisiert in Bologna-Reformen und Exzellenz-Programmen. Bevor ich das näher erläutere, ja zuerst und vorher, habe ich natürlich das Problem, dass die dem Festakt vielleicht angemessene freundliche Stilisierung – „100 Jahre Hauptgebäude der Universität Hamburg“ als Zäsur setzendes Ereignis im deutschen Wissenschaftssystem – nicht verdecken kann, dass die Universität erst 1919 gegründet wurde. Ein erschliches Jubiläum also – oder sogar eine Niederlage für die Universitätspläne, die ja 1911/12 die Eröffnung des Hauptgebäudes begleitet, als Gründungsakt und Zäsur?

Man könnte so argumentieren, wenn man allein die Hamburger Ereignisse und die konfliktvolle Gründungsgeschichte der Universität aus der lokalen Binnenperspektive in den Blick nimmt, die irritierenden Abstimmungsniederlagen in der Bürgerschaft<sup>2</sup> mit dem so erstaunlichen Bündnis von Sozialdemokraten und konservativen Kaufleuten, aber, und trotz solch scheinbar eindeutiger Rückschläge, aus der Perspektive des deutschen Wissenschaftssystems sind es gerade die Stiftung von Siemens und die Niederlagen von Melles in Hamburg, die Debatte in

Frankfurt und die KWG-Gründung, die in ihrem Zusammenhang Signifikanz gewinnen, schon bei den Zeitgenossen.<sup>3</sup>

Es ist dann doch das Symboljahr 1911, das eine nähere Betrachtung lohnt. Insofern, worin besteht die Zäsur, die mit diesen drei Ereigniskomplexen in Berlin, Frankfurt und Hamburg bezeichnet wird?

- Die Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, 1910 angekündigt, 1911 vollzogen, ist ein Signal dafür, dass sich die Universität als der nahezu einzige (auch gegenüber dem damaligen Akademie-Modell),<sup>4</sup> jedenfalls als der im staatlich-öffentlichen Wissenschaftssystem dominierende Ort der Forschung nicht mehr unbefragt behaupten kann, dass vielmehr angesichts der Anforderungen von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft im 20. Jahrhundert neue Organisations- und Finanzierungsformen gesucht werden müssen.
- In den Beratungen über die Gründung der Stiftungsuniversität Frankfurt am Main werden gegenüber dem bisherigen Staatsmonopol neue Formen der Finanzierung und der Organisation der Universität gesucht, und zugleich wird die innere Struktur der Universität selbst, ihre Verwaltung und ihre disziplinäre Verfassung, zum Thema der aktiven Gestaltung.
- In Hamburg schließlich wird, im Scheitern wie in der Gründung der Universität, auch in der Schenkung des Vorlesungsgebäudes, die Rolle der Universität in der Stadt und die Frage der politischen und öffentlichen Rolle von Wissenschaft in der Gesellschaft thematisch. An den Konflikten über diese Frage scheitert die Gründung zwar zunächst, in den offenen Fragen der Verfassung der Universität seit den Universitätsgesetzen von 1919 und 1921 wiederholt sich aber das Thema und es bleibt bis in die aktuelle Diskussion und Selbstbeschreibung der Universität<sup>5</sup> präsent, als die offene Frage nämlich, was

„Demokratisierung der Universität“ oder Universität in der Demokratie bedeuten kann.

Diese drei Strukturprobleme – der Forschung, der Verfassung und der öffentlichen Rolle der Universität – sind es, die sich für mich mit 1911 verbinden, und zwar zäsurhaft; denn sie werden dort nicht nur diskutiert, sondern bearbeitet – in langfristigen Lösungen, in universitären Neugründungen und in der konflikthafter Eröffnung und kontinuierlichen Bearbeitung einer Frage, die in aller Brisanz 1911 aufgeworfen wird, aber bis heute keine Lösung hat. Aus der Distanz gesehen kann man die Debatten und Ereignisse von 1911 zugleich als ein Exempel für Differenzierung im Wissenschaftssystem lesen und deshalb aus der historischen Analyse zugleich für eine Strategie der Veränderung des Wissenschaftssystems sensibel werden, die der Wissenschaftsrat erneut – 2010, also auch hundert Jahre später – als Strategie der Erneuerung empfiehlt.<sup>6</sup> Werfen Sie deshalb mit mir einen Blick auf diese drei Dimensionen der Zäsur des Wissenschaftssystems in Deutschland, nicht zuletzt um den historischen Platz zu sehen, in dem unser heutiger Festakt jenseits der lokalen Freude nicht nur einen Anlass, sondern seine Wurzeln, systematische Gründe und aktuelle Berechtigung hat.

## **II. Die Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1911 oder: die Krise der Universität und der Ort der Forschung im Wissenschaftssystem**

Es ist nicht primär der Lokalpatriotismus des Berliners, dass ich mit der Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (KWG) beginne, sondern Tribut an die Tatsache, dass die moderne Universität sich als Forschungsuniversität um 1800 gründet und dass es die Forschung ist, also der Kern der Universität, die seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert eine ihrer ersten systematischen Krisen erzeugt.<sup>7</sup> Dabei kann man die Ereignisse der Gründung

der KWG – die vielleicht nicht jedem vertraut sind – ganz knapp einführen, damit der Kontext, aber auch die Akteure sichtbar werden: Die Gründung der KWG wird von Wilhelm II. am 11. Oktober 1910 auf dem Festakt zum 100-jährigen Jubiläum der Berliner Universität angekündigt, 1911 wird der Gründungsakt vollzogen; Adolf von Harnack, berühmter Berliner Theologe, auch Rektor der Universität, wird ihr erster Präsident. Die Institute, unterstützt durch die „große Industrie“, werden bald gegründet (bis heute nach dem „Harnack“-Prinzip, also um eine Forscherpersönlichkeit und deren Forschungsthema herum konstruiert), bis nach 1960 fast nur in den Natur- und Lebenswissenschaften, und sie haben in der Max-Planck-Gesellschaft ihren heutigen Ort.

Diese Geschichte wird selbstverständlich unterschiedlich erzählt – aus der Perspektive der Max-Planck-Gesellschaft trotz der Beteiligung der KWG an NS-Verbrechen als eine Erfolgsgeschichte der Grundlagenforschung in Deutschland, aus der Perspektive der Berliner Universität oder der Universitäten überhaupt nicht nur als neue Kooperationsofferte, sondern auch als Bedrohung der Universitäten, jedenfalls als große Herausforderung ihrer eigenen strukturellen Forschungsfähigkeit und insofern als Krisenindikator.<sup>8</sup> In Berlin ist schon die Gründung kontrovers, tritt doch eine exzellent finanzierte Konkurrenz gerade in der Grundlagenforschung (also nicht industrienah und „anwendungsbezogen“, wie man bei den TH-Gründungen noch leicht abwehren konnte) im außeruniversitären Bereich auf den Plan.

Besteht dieser Verdacht zu Recht, dass sich für die Universitäten mit der Gründung der KWG das Wissenschaftssystem neu ordnet, sind Funktionen und Folgen der KWG-Gründung im deutsch-preußischen Wissenschaftssystem derart gravierend? Die Gründung ist in diversen Denkschriften seit 1906

dokumentiert, sie wird dann in den Kontext der Internationalisierung und Modernisierung der deutschen Wissenschaften platziert, die in Preußen – aber mit reichsweiter, auch kritischer Aufmerksamkeit – der Ministerialdirektor Friedrich Althoff seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert einleitet und intensiv, gelegentlich auch mit nicht ganz feinen Mitteln, forciert und erfolgreich bestreitet. Die Autoren der diversen Denkschriften, neben Althoff vor allem Naturwissenschaftler, zumal Chemiker, die für ihr Fach eine Forschungseinrichtung wie die Physikalisch-Technische Reichsanstalt (PTR) vermissen, befürworten die Gründung v. a. mit zwei Argumenten: zuerst, dass sich die Lehre an einer Massenuniversität mit Grundlagenforschung nicht vertragen, und dann, dass die Forschungsfähigkeit der Naturwissenschaft in der Universität wegen der fehlenden materiellen Forschungsinfrastruktur bedroht sei, sodass auch ihre internationale Konkurrenzfähigkeit früher oder später verloren gehen müsse. Harnack, der selbst die Wandlung der Wissenschaft zum „Großbetrieb“<sup>9</sup> bereits 1905 analysiert hatte, unterstützt diese Diagnosen und Pläne in einer Denkschrift, die er im Auftrag des Kaisers 1910 vorlegt.<sup>10</sup> Harnack reichert die Argumente der Naturwissenschaftler durch „einige gute Worte zugunsten der Geisteswissenschaften“<sup>11</sup> an und leider auch durch eine schwer erträgliche Neigung zum Kaiser-Lob. Er stärkt in einer politisch, taktisch und strategisch geschickten Weise auch das Ausland als Argument, derart, dass das nationale Wohl Preußen-Deutschlands, immer schon vom Bündnis von „Wehrkraft und Wissenschaft“ getragen,<sup>12</sup> jetzt vom Aufholen des Rückstands gegenüber dem westlichen Ausland abhängen werde.

In der Universität und in der Akademie der Wissenschaften<sup>13</sup> werden trotz eigener Erfahrungen mit geisteswissenschaftlicher Großforschung<sup>14</sup> die Pläne nicht so unproblematisch gesehen wie bei Harnack. Der Platz im „wissenschaftlichen Beirat“,

den Harnack – neben anderen Mitgliedern, z. B. aus der finanzierenden Industrie – zugesteht, wird kaum als hinreichende Gestaltungschance wahrgenommen. Schon Harnacks Argument, dass hier „reine Wissenschaft und nichts anderes“<sup>15</sup> intendiert sei, stößt nicht auf Vertrauen oder Zustimmung; die Sorge gilt dem Verzicht auf die Bildungsfunktion und der Unterwerfung unter außerwissenschaftliche Zwecke (dabei stößt die von den Planern erwartete Finanzierung durch die Industrie schon in der Gründungsphase auf Probleme, sodass schließlich doch der Staat der Hauptfinanzier wird – heute: neunzig Prozent, z. T. in Kooperation mit der Industrie).<sup>16</sup> Harnacks grundsätzliche Option, „die Akademie muss in das Leben hinein, weil die Wissenschaft heutzutage mitten im Leben steht – ganz anders als vor 20 Jahren“;<sup>17</sup> kann 1911 offenbar innerhalb der gelehrten Welt nur wenig Zustimmung finden.

Systematisch gesehen und als Indikator für eine folgenreiche Zäsur bleibt deshalb: Die Gründung der KWG macht sichtbar, dass in der Universität Forschung und Lehre keine unproblematische Symbiose mehr bilden; sie macht gleichzeitig sichtbar, dass disziplinspezifisch unterschiedliche Entwicklungsmöglichkeiten in der Universität existieren, dass sie auch als Stätte der Grundlagenforschung in Deutschland nicht für alle Disziplinen der geeignete Ort ist. Die Gründung signalisiert zudem einen Wandel der Leitdisziplinen hin zu den Naturwissenschaften und ist insofern auch Ausdruck des Konflikts über Wissenschaft und Bildung, der das ausgehende 19. Jahrhundert bestimmt. Seither werden die Naturwissenschaften als Feld der Experten stilisiert, denen Bildung fehlt, die Geisteswissenschaften dagegen werden zum Ort, der die Bildungsgüter bewahrt und pflegt. Das Bildungsverständnis der universitären Tradition seit Humboldt, dass sich Bildung nicht durch das Vertiefen in exklusive Bildungsgüter (Kunst, Literatur, die Antike z. B.), sondern durch

Teilhabe am Forschungsprozess spezialisierter Wissenschaft ereignet, verliert seine Geltung und Überzeugungskraft. Die Einheitsform der Tradition löst sich auf, wissenschaftliche Forschung und Bildung treten auseinander und können bis heute nicht mehr so zusammengeführt werden, wie es vor 1900 in der Universität auch noch gedacht wurde, jenseits des scheinbar unlöslichen Konflikts von Spezialisierung und Bildung. In der Gründung der KWG 1911 hat sich Wissenschaft gegenüber Bildung verselbstständigt. Die KWG forscht, aber sie bildet nicht, Bildung zieht sich zurück – in die Geisteswissenschaften universitär, in Museen, Theater, Literatur beim Publikum, das sich deshalb das „gebildete“ nennen darf, aber gegenüber den Wissenschaften doch bestenfalls als Dilettant auftritt, Liebhaber also, wie Goethe den Dilettanten nennt, aber nicht kritischer Experte.

### **III. Stiftungsuniversität Frankfurt – Problemkontext und innovatorisches Potenzial**

Die Gründungsgeschichte der Universität Frankfurt am Main – mein zweites Stück in der Trias von 1911 – verdankt sich anderen Motiven, lokalen, politischen, personellen, und sie ist natürlich auch hier nicht auf das Jahr 1911 zusammenzuziehen, sondern hat ebenfalls eine lange Vorgeschichte, aber in den politischen Beratungen 1911, v. a. in der Stadtverordnetenversammlung, doch die entscheidende Zäsur.<sup>18</sup> Bedeutsam für die unmittelbare Vorgeschichte des ausgehenden 19., frühen 20. Jahrhunderts, die dann schließlich zur Gründung der Universität führen wird, sind neben dem unermüdlich aktiven Bürgermeister Franz Adickes vor allem Stifter und Stiftungen, zumal jüdische Stifter und Stiftungen. Neben der Speyer-Stiftung und deren Denkschriften von 1909 und 1911 – von Adickes als dem Mentor der Stiftung vorgelegt – ist es vor allem Wilhelm Merton (1856–1916), Gründer und

Inhaber der Metallgesellschaft, der dabei eine prominente Rolle spielt (aus seinem eigenen Vermögen z. B. 2,3 Millionen Reichsmark stiftete).<sup>19</sup> Merton verdeutlicht vor allem das wesentliche Gründungs-, jedenfalls Stiftungsmotiv, dass es nämlich einen neuen Wissens- und Forschungsbedarf in der Gesellschaft gibt. Schon das von ihm 1890 gegründete „Institut für Gemeinwohl“ und die 1901 eingerichtete „Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften“ zeigen die Richtung seines Engagements. Er zielt auf Sozial- und Gesellschaftspolitik, er will dafür das analytische und konstruktive Potenzial der Wissenschaften nutzen, und der für die Gründung der Universität folgenreiche Impuls gehört deshalb konkret in den Kontext, den man die „Verwissenschaftlichung des Sozialen“<sup>20</sup> genannt hat. In den Kontext der Krise der traditionellen Universität gehört dieses Thema, weil die deutsche Universität – ungeachtet der Aktivitäten des „Vereins für Socialpolitik“ und der politisch aktiven Rolle der sogenannten Kathedersozialisten – die sozial- und gesellschaftspolitischen Probleme, auch die Ausbildung der Lehrer für die Volksschulen und die Rolle der Sozialpädagogik als Wissenschaft, so gut wie nicht thematisierte. Mertons Initiative verweist also auf die Tatsache, dass die preußischen (und deutschen) Universitäten vor 1918 den Bedarf an Sozialwissenschaften nicht befriedigen, während z. B. in England die London School of Economics bereits seit 1895 in diesem Problemfeld arbeitet – auf der Basis einer Stiftung im Kontext der Fabian Society, u. a. unter Beteiligung des Ehepaars Webb und von George Bernard Shaw.<sup>21</sup> Die Disziplinstruktur der Universität war also das systematische Thema und Problem, das in Frankfurt sichtbar wurde; sie erscheint als Hindernis im Modernisierungsprozess, weil nur neue Disziplinen zum Medium werden können, die neuen Probleme der industriellen Gesellschaft in einem wohlfahrtsstaatlichen Geist zu behandeln. Aber der preußische Staat steht der Einrichtung dieser Disziplinen – im

Kern die empirischen Sozialwissenschaften – mit großer Distanz, ja Angst gegenüber, in einer Zeit, in der manche Beamte Soziologie mit Sozialismus und Staatsumsturz gleichsetzen.

Merton hat solche Ängste nicht. Er gründet und finanziert die „Akademie für Handels- und Sozialwissenschaften“, er unterstützt den „Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge“,<sup>22</sup> sein Privatsekretär Wilhelm Polligkeit ist dort ebenso aktiv wie der – bald – als Sozialpädagoge an die Universität berufene Christian Klumcker, beide die inspirierenden Theoretiker eines sich seit der Jahrhundertwende ausbildenden Sozialtrusts, d. h. eines Komplexes von wissenschaftlichen und philanthropischen Einrichtungen und Ambitionen. In Franz Adickes, dem Frankfurter Bürgermeister und spiritus rector der Universitätsgründung, findet Merton einen Verbündeten, denn Adickes teilt das Interesse für Sozial- und Bildungsreform, er hatte die Möglichkeiten der Gymnasialreform selbst erlebt (in Altona!), sie dann nach Frankfurt getragen und war sich mit Merton z. B. auch einig, dass neben den Sozialwissenschaften die wissenschaftliche Pädagogik Teil der neuen Universität werden soll. Der Frankfurter Stadtschulrat Julius Ziehen, seit 1911 an der Universitätsgründung führend beteiligt,<sup>23</sup> wird schon 1914 auf einen von Merton zusätzlich gestifteten Lehrstuhl berufen – wo er eine „Volkserziehungswissenschaft“ begründet.<sup>24</sup> Ein Beobachter der Gründungspläne, der Marburger Philosoph, Sozialpädagoge und Erziehungsreformer Paul Natorp, in Preußen immer des Sozialismus verdächtigt, begrüßte deshalb auch nicht zufällig die Frankfurter Pläne, „eine Hochschule sozialwissenschaftlicher, sozialpolitischer und sozialpädagogischer Ausrichtung“ einzurichten, natürlich im universitären Status, wie Natorp sogleich betont, also „in unbedingter wissenschaftlicher, politischer, auch religiöser und vollends konfessioneller Unabhängigkeit“.<sup>25</sup>

Über diesen Konsenszonen zwischen Stifter und Gründer darf man die Konflikte in der Stadtverordnetenversammlung nicht übersehen, zumal mit der starken Sozialdemokratie, die dem Bürgermeister gelegentlich bei aller Kompromissbereitschaft zu resignativen Kommentaren Anlass geben: „Was wollen die Sozialdemokraten“, fragt er sich, „und wie retten wir uns vor ihnen?“<sup>26</sup> Die Sozialdemokraten wollen natürlich nicht Adickes in die Resignation treiben, aber sie werfen die Frage auf, welche Art von Universität die Stadt will und haben soll, und – das macht diese Konflikte über die lokalen Querelen hinaus bedeutsam – sie kennen mehrere Optionen für den „Charakter der Universität“, nämlich drei: „eine Forschungs-, eine Fortbildungs- oder eine ‚eigentliche Universität‘“.<sup>27</sup> Adickes will natürlich eine „eigentliche“, also „vollständige Universität“, mit allen Disziplinen, sogar auch auf der Basis des Allgemeinen Landrechts, also unter staatlicher Aufsicht und mit dem Recht zur Vergabe staatlicher Berechtigungen. Adickes ist allerdings innovativ, als er seine Universität mit einer Verfassung wünscht, die den spezifischen Erwartungen der Stifter ebenso gerecht werden kann wie den inhaltlichen Reformambitionen (und den Naturwissenschaftlern stellt er, wie die KWG, eine Befreiung von Lehr- und Prüfungsverpflichtungen in Aussicht).<sup>28</sup> Nicht allein wegen der Stifter und der „ganz außerordentlichen Spendenfreudigkeit“<sup>29</sup> der jüdischen Mitbürger, sondern auch wegen der neuen Disziplinen soll dabei auch das Berufungsrecht vom staatlichen Monopol gelöst werden, zum einen, um jüdische Gelehrte berufen zu können, und zum andern, um in den neuen Fächern berufen zu können.

„Berlin“, also die preußische Wissenschaftspolitik und das gegebene Wissenschaftssystem, ist in diesen Planungen und Überlegungen immer präsent. Der Ministerialdirektor Friedrich Althoff gehört zu Adickes engen Gesprächspartnern, ebenso

wie der konservative Kultusminister Trott zu Solz – und sie sind förderlich für Adickes Pläne. Sie finden eine Verfassung der Stiftungsuniversität, sie konstruieren – in Kuratorien – eine Form der Beteiligung der Stifter auch in Berufungsfragen, und sie tragen den Gründungsakt positiv mit, wenn sie nur das Aufsichtsrecht behalten; aber sie üben dann Aufsicht aus, ohne zu stören, und zeigen, welche Freiheit für die Universitäten in Preußen möglich war. Die Neugründung in Frankfurt zeigt deshalb modellhaft, welche Rolle der Staat im Wissenschaftssystem auch einnehmen kann – Qualitätsgarant in der Aufsicht, Finanzier (weil bald die Inflation die Stiftungsgelder auffrisst), aber zugleich auch Garant der lokalen Autonomie. Es wird dann letztlich doch die „staatsfreie Institution“, die der prominente sozialdemokratische Bildungspolitiker Max Quarck in Frankfurt gefordert hatte, frei auch vom Geist der studentischen Korporationen, die der Sozialdemokratie ein Dorn im Auge waren.<sup>30</sup>

#### **IV. Hamburger Konflikte – oder die Universität in der Demokratie**

Zumindest in diesen Argumenten der Frankfurter Sozialdemokraten von 1911 kehren Themen wieder, die sich auch in Hamburg – drittes Modell in der Trias von 1911 – in den Beratungen der Bürgerschaft als schwierig erwiesen haben.<sup>31</sup> Dazu mögen ja auch, wie in Frankfurt im Blick auf die Korporationen, manche Eigentümlichkeiten in den Lebensformen „einer deutschen Universität alten Stils“ gehören, von denen die Kaufmannschaft z. B. eine „geistige Überfremdung Hamburgs“<sup>32</sup> befürchtete. Zur Distanz gegen die Universitätspläne mag auch beigetragen haben, dass manche Akademiker in Hamburg sich anders als universitär beschrieben, z. B. als „Diener der Kaufmannschaft“.<sup>33</sup> Wesentlich für die ausschlaggebende Konfliktlage waren andere Fragen: Die Hamburger Sozialdemokraten z. B. sahen den

„Klassencharakter“ höherer Bildung und sie bringen auch hier ein systematisch anderes, ein eigenes Modell von Universität ins Spiel, von dem aus sie von Melles Pläne problematisieren, ja bekämpfen. Das erzeugt eine Debatte darüber, was Universität in einem demokratischen Sinne bedeutet – und die Konflikte von 1911 verweisen deshalb auf eine bis heute strittige Frage.

Die Sozialdemokratie wünscht, wie sie 1919 dann wiederholt, von Beginn an eine „Volkuniversität im wahrsten und edelsten Sinne des Wortes“.<sup>34</sup> Und sie fordert: „Wir müssen eine Universität haben mit freier Verfassung und mit freiesten Zulassungsbedingungen [...], die allen Gliedern des Volkes die Möglichkeit gibt, diejenigen Geistesfähigkeiten zu erwerben, die sie für wünschenswert halten.“<sup>35</sup> Offenheit im Zugang zur Universität, die Teilhabe aller an Wissenschaft und eine Verfassung, die Freiheit gegenüber dem Zentralstaat und Partizipation der Bürger ermöglicht, das werden die sozialdemokratischen Kriterien für die Universitätsgründung. Ganz offensichtlich ist die Abwehr eines Bildungssystems, das sich – wie in Preußen – stark über Berechtigungen organisiert, z. B. das Abitur beim Zugang; und offensichtlich ist auch der Konnex zu den gesamten europäischen „Ausdehnungs“-bewegungen der Universität. Noch im – dann erfolgreichen – Antrag von 1919 verbinden die Antragsteller im Konzept der Volkuniversität die Bildungsbestrebungen der Volkshochschule mit den genuinen Erwartungen an eine Universität. „Vorläufiges Gesetz betreffend die Hamburgische Universität und die Volkshochschule“ heißt das Thema; bis 1921 bleiben die alten strukturellen Konflikte über die Universität aus der Debatte von 1911 präsent. Sie werden, wie in Frankfurt für die Beteiligung der Stifter, auch in Hamburg in der Konstruktion von Gremien der Universität zu lösen versucht, bis hin zum Vorschlag, Studierende zu beteiligen (die dann selbst die Mitarbeit ablehnen).

Diese Form der Gremienkonstruktion als Medium der Demokratisierung geschieht schon 1919 gegen die Einsicht des ersten Rektors, „dass die Selbstverwaltung der Universitäten auch ihre Schwächen hat“, dass „die Gefahr wachsender Bürokratisierung“ besteht und dass „eine gewisse Schwerfälligkeit gegenüber neuen Bedürfnissen wie z. B. der Berücksichtigung neuer Lehrfächer“ unverkennbar sei.<sup>36</sup> Freiheit und Partizipation finden nicht zu einer versöhnten Form. Für die Kritik am Abitur als Zugangskriterium dagegen findet die Sozialdemokratie Zustimmung in der Wissenschaft, z. B. beim Psychologen Hugo Münsterberg,<sup>37</sup> aber für einen Verzicht auf Berechtigungen plädiert sie allein. Zertifizierung bleibt, hier wie in Frankfurt, eine Konstante in der Struktur des Hochschul- und Wissenschafts-systems. Von Melle macht zwar Zugeständnisse für die Zulassung von Nichtabiturienten, in den Funktionszuschreibungen geht er über die Einschränkung der Erwartungen an Freiheit des Zugangs und der Lehre hinaus. Er will weder reine (eventuell sogar nur kolonialwissenschaftliche) Forschungsinstitute (die Erfahrungen mit der KWG, wie er explizit hervorhebt, seien noch zu jung)<sup>38</sup> noch eine thematisch eingeeengte „Übersee-Hochschule“, noch ein Bündel von „niederen Fachschulen“, noch will er der Option der Sozialdemokratie folgen.<sup>39</sup> Für die Universität insgesamt akzeptiert er vielmehr die Trias der Ziele, die Edmund Siemers bei seiner Schenkung als Formel geliefert hatte: „der Forschung, der Lehre, der Bildung“.

Siemers formuliert damit sein Leitbild der Hamburger Universität, das sie sich bis heute zu eigen macht. Er formuliert hier – einerseits – Erwartungen, die – wie in Frankfurt – eine „eigentliche Universität“ zum Ziel haben, also dem traditionellen Dual der „Einheit von Forschung und Lehre“ folgten. Die Bürgerschaft übernimmt in der Gründung diese Funktionszuschreibung an die Universität, sogar unter Berufung auf Frankfurt.<sup>40</sup>

Andererseits, verdichtet in der Gesamtheit der Hamburger Losungen, die bis heute tradiert werden und durchaus nicht alle in die gleiche Richtung weisen, zeigt sich die Kontinuität des Hamburger Gründungs-Problems: „Der Forschung, der Lehre, der Bildung“ hier, „Frei soll die Lehre sein und frei das Lernen“ dort (zu schweigen von „Wissen ist Macht“, der Losung von Bacon bis Liebknecht, auf der Rückseite des Hauses).

Dabei versteht man die Hamburger Losung, die Siemers gibt, und damit auch die Zäsur in der Universitätsgeschichte, die sich damit andeutet, angemessen nur dann, wenn man jenseits der semantischen Tradition ihre Distanz gegenüber den traditionellen Formeln mit in den Blick nimmt. Die traditionellen Formeln der Selbstbeschreibung der Universität waren dual – Forschung und Lehre, Einsamkeit und Freiheit, Bildung durch Wissenschaft –, die Einheitsform war durch die Struktur des Wissens gegeben. Die ältere, im Zweiten Weltkrieg zerstörte Giebelinschrift der Berliner Universität lautet z. B. seit der Gründung auch nur „Universitati Litterariae“ (und dann wurde auf Friedrich Wilhelm III., den königlichen Gründer, verwiesen). Clemens Brentano hat – 1810/11 zum ersten Semester der Berliner Universität – in einer Kantate den Sinn der Inschrift ausgedeutet:

„Der Ganzheit, Allheit, Einheit, / der Allgemeinheit / gelehrter Weisheit / des Wissens Freiheit / gehört dieses Königliche Haus! / So lege ich Euch die goldenen Worte aus. / Universitati Litterariae.“<sup>41</sup> Die Losung gilt also dem Imperativ der Forschung und der Struktur des Wissens, allerdings: der Gelehrten.<sup>42</sup> Erst in Straßburg, 1872 als Reichsuniversität gegründet, kommt dann die Nation in der Inschrift hinzu – „litteris et patriae“. Aber was bedeutet die Hamburger Inschrift von 1911, wenn sie so offenkundig nicht die Tradition in ihren Dualen wiederholt, aber auch die Nation meidet?

Ich kann diese goldenen Hamburger Worte leider nicht so schön wie Brentano mit einem Gedicht auslegen, aber ich versuche es doch in Prosa: In Hamburg wird in der triadischen Ordnung der Begriffe die moderne Funktion der Universität angezeigt. Sie ist nicht mehr nur in Forschung und Lehre präsent, und dann in der Erwartung, dass Bildung schon *uno actu* mit bedient wird, aber doch nur für die Gelehrtenbildung erwartet werden kann und notwendig ist. Hier, in Hamburg, findet sich die Zäsur, anzeigend, dass Bildung selbst ein Thema ist, aber auch ein Problem darstellt – das der Legitimation der Universität in der Demokratie. Die Konflikte in der Bürgerschaft zeigen die Schwierigkeiten, auch die Tatsache, dass Siemers' Gebäude die Einheit stiftet, wenn auch erst ohne die Universität, die wiederum in ihrer Gründung den Gedanken der Bildung aufnimmt, aber nicht im Sinne der „Volksuniversität“ als Volkshochschule, sondern als „eigentliche Universität“, allerdings im modernen Verstande (aber gar nicht wie im Sozialismus, wenn Bildung als „Erziehung“ indoktrinierend und politisierend umgedeutet wird, wie das in der DDR mit der Trias von „Forschung, Lehre, Erziehung“ als Leitbild der Universität geschah).<sup>43</sup>

Siemers' Schenkung setzt deshalb, so lese ich die Inschrift, – als Gebäude wie als Formel – den Platz der Wissenschaften zwischen Allgemeinem Vorlesungswesen und Universität. Er gibt jener Praxis einen Ort und dieser ein uneingelöstes Programm; denn die gremienbezogenen Lösungen der Demokratisierung haben das Problem so wenig allein gelöst wie die Öffnung des Zugangs. Sie mögen den Kontext zeigen, waren aber weder notwendig noch hinreichend, um den Status von Wissenschaft und Universität in der Demokratie zu definieren – wie man heute, hundert Jahre später, sehen kann.

Siemers interpretiert die Rolle der Universität für das „Gemeinwesen“ (Siemers) anders. Ihre Umwelt sieht er eher als „Nation“

im Humboldtschen Sinne, nicht als Gesellschaft, sondern als Zivilgesellschaft und er sieht seine Rolle, die des Stifters, darin, in der Konzentration auf die Trias Selbstgestaltung auch in der und für die Universität zu stützen: Seine Form der Partizipation ist deshalb anders als über die Verfassung – er verbindet Mäzenatentum mit der Anerkennung der Eigenlogik von Forschung und Lehre und macht nicht den Versuch, das Funktionsprinzip der Universität durch politisch definierte Entscheidungsregeln zu überformen und zu beschädigen. „Bildung“, das dritte Glied der Trias, gewinnt darin ihren neuen und umfassenden Sinn, nicht nur als Fortbildung der Kaufmannschaft, wie man 1911 sagte, auch nicht allein als Lerngelegenheit aller Bürger, wie die Sozialdemokratie seit 1911 forderte, sondern als Medium der Verständigung über die zentralen und wesentlichen Fragen, von denen die Stadt berührt wird. Das Vorlesungsgebäude stiftet damit die Einheit in der Trias<sup>44</sup> – in der Wahrnehmung der Zeitgenossen und bis heute stellt es „die Universität“ dar.

Das Hauptgebäude symbolisiert damit die Tatsache, dass um 1911 diese Verständigung innerhalb des Gemeinwesens die Teilhabe an Wissenschaft als universale Tatsache (nicht als lokal definierter Wissensbedarf, „bodenständig“<sup>45</sup> im schlechten Sinne provinzialistischer Enge) ebenso voraussetzt wie ihre Präsenz in der Stadt, so wie es bereits die Idee des Allgemeinen Vorlesungswesens war: „veredelnd auf die allgemeine Bildung einzuwirken“.<sup>46</sup> Es ist das Angebot von Bildung und die Präsenz von Wissenschaft in Forschung und Lehre, in der die Demokratisierung der Universität besteht. Der Mäzen hat darin die selbstlos-paradoxe Rolle, die Merton in Frankfurt spöttisch-kritisch als Wandinschrift unter die Bilder der Stifter empfahl, die in Adickes Zimmer hingen: „Und der Spender brav und gut, so er meinen Willen tut.“<sup>47</sup> Merton in Frankfurt oder Hamburger Mäzenaten wie Siemers verdeutlichen mithin, was Demokratisierung

auch bedeuten könnte: die Förderung der Universität in ihrer eigenen Gesetzlichkeit, durch Bereitstellung von Möglichkeiten, nicht durch Formung nach partikularen Erwartungen.

## **V. Tradition, Differenzierung, Innovation**

Lernt man von 1911, im Blick auf die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und auf die Universitätspläne in Frankfurt und Hamburg, auch für die aktuelle Debatte, über die Möglichkeiten und Implikate von „Differenzierung“? Ich würde – wie man es von einem Bildungshistoriker erwarten darf – einerseits natürlich dafür plädieren, die Lektion von 1911 aktuell, also 2010/11 und im Zeichen von Bologna und der Differenzierungsstrategie des Wissenschaftsrates, nicht zu ignorieren. Das ist, andererseits, natürlich kein schlichtes „historia docet“, sondern der Versuch, in der Relationierung von Strukturen und Prozessen, die sich um und seit 1911 beobachten lassen, aktuell für Strukturveränderungen, faktische und geplante, sensibel zu werden. Man kann dann neben Problemzonen des Wissenschaftssystems und der Universität auch Muster erkennen, über die sich die Universität modernisiert.

Zu den Problemzonen zählt der alte Einheitsanspruch, Forschung und Lehre sowie die Bildung durch Wissenschaft an einem Ort zu verbinden. Das gelingt nicht für alle Disziplinen und für alle externen Erwartungen an Qualifizierung oder Forschung in gleicher Weise; außeruniversitäre Forschung – öffentlich oder privat – wird seit dem frühen 20. Jahrhundert unentbehrlich, und sie kann in all ihren Facetten offenbar nicht in das Universitätssystem zurückgeholt werden. Zu den Problemzonen zählt auch die Tatsache, dass die Universität seit ihrer Gründung eine disziplinär verfasste Universität ist, damit relativ unflexibel gegenüber neuen Erwartungen und im Konflikt zwischen Themen und Problemen der Forschung einerseits, ihrer disziplinären, traditionellen Definition andererseits; eine Aufhebung der

disziplinären Verfassung in einem starken Plädoyer für „Interdisziplinarität“ stellt für dieses Problem aber schon deswegen keine Lösung dar, weil damit, logisch wie faktisch, Disziplinarität vorausgesetzt wird, damit eine Arbeit an den Grenzen der Disziplinen und fach- wie disziplintranszendierend gelingen kann.

Nach wie vor ist auch die Verfassung der Universität ein Problem, vor allem dann, wenn der Zugang und die innere Organisation nicht allein wissenschaftsimmanenten Kriterien genügen sollen, z. B. dem der Leistung und optimalen Rekrutierung des Nachwuchses, sondern auch politischen, etwa der Ausdehnung oder Offenheit des Zugangs oder der unmittelbaren Orientierung an gesellschaftlichem Qualifikationsbedarf. Autonomie erweist sich in der Differenz inneruniversitärer Prozesse gegenüber außerwissenschaftlichen Erwartungen und in der Anerkennung der Eigenlogik von Wissenschaft. Letztlich bleibt dann noch das Finanzierungsproblem, weil allein staatliche Finanzierung nicht reicht, den Forschungsbedarf in der Gesellschaft zu befriedigen. Im Lichte dieser Problemzonen, die auch aktuell identifizierbar sind, wird man kaum sagen können, dass „Differenzierung“ nicht nur eine notwendige, sondern auch eine hinreichende Strategie der Innovation im Wissenschaftssystem darstellt.

Der historische Prozess seit 1911 zeigt dann, welche Modernisierungsstrategien dem Wissenschaftssystem und der Universität offen stehen. Besonders erfolgreich sind offenkundig zunächst tatsächlich Muster der Ausdifferenzierung, wie bei der KWG, allerdings mit allen Folgeproblemen für die Einheit von Forschung, Lehre und Bildung – und d. h. vor allem für die Universität, die ihren Charakter als dominierende Einheitsform der Produktion und Bewertung von Wissen verliert. Sie kann mit Binnendifferenzierung reagieren, z. B. neue Fächer ausbilden

oder Arbeitsformen funktionspezifisch – für Lehre oder für Forschung – einrichten, aber erfolgreicher sind offenbar Modernisierungsprozesse durch Neugründungen wie in Hamburg und Frankfurt, die auf thematische oder regionale Konzentration und Profilbildung setzen. Sie bieten für die offenen Fragen von Wissenschaft in der Gesellschaft eine neue Einheitsform an, jetzt auch strukturell und organisatorisch und sogar finanziell, getragen nicht allein durch den Staat (der in seiner Regelungskompetenz und in den Rahmenvorgaben ruhig so offen und tolerant sein darf wie in Preußen 1914), sondern durch zivilgesellschaftliches Engagement, um Bildung – der Experten wie der Laien – möglich zu machen.

Man kann dann auch sehen, dass die Universität ihre genuine Rolle in der Stadt und für die Stadt, also in der Nation, wie Humboldt dachte und Siemers für das „Gemeinwesen“ wiederholte, erst spielen kann, wenn sie sich weder auf Forschung reduziert (wie in den Exzellenzprogrammen) noch auf die Lehre (wie bei Bologna), sondern in aller regionalen oder disziplinären Differenz und Spezifikation die universalisierende Einheitsform wahrt, die in der Hamburger Trias gegenwärtig ist: „der Forschung, der Lehre, der Bildung“. Vielleicht geht das ja nur, wenn neben dem Staat auch der Bürger als Stifter die Handlungsmöglichkeiten der Universität wieder so erweitert, wie das in Frankfurt oder in Hamburg seit 1911 geschah. Hilfreich, das ist auch eine Hamburger Lektion, kann es dann schließlich sein, wenn man „Demokratisierung“ nicht gremienpolitisch umdefiniert oder über Fragen der Offenheit des Zugangs unterbestimmt. Bildung bedeutet nicht nur Teilhabe an Zertifikaten, sondern eigenverantwortliche Mitwirkung der institutionellen und individuellen Akteure an der Gestaltung der gemeinsamen Welt.

## Anmerkungen

- 1 In einer vor allem im Schlussteil gekürzten Form als Festvortrag zum Festakt „100 Jahre Hauptgebäude der Universität Hamburg“, 13. Mai 2011. Den Kollegen Eckart Krause und Rainer Nicolaysen von der Arbeitsstelle für Universitätsgeschichte an der Universität Hamburg danke ich für informative und produktive Gespräche.
- 2 Die gebührend scharf kritisiert wurde: als „ebenso banal wie beschränkt, ebenso illoyal wie gehässig [...] eine unbegreifliche Schmach“, wie es der Bankier Friedrich Bendixen sagte (zitiert nach Gerhard Ahrens: Werner von Melle und die Hamburgische Universität. In: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 66 [1980], S. 63–93, hier S. 76), oder als „dieser fanatische Universitätshaß“, wie es der Orientalist Carl Heinrich Becker formulierte (zitiert nach ebd., S. 77).
- 3 Der frühere preußische Kultusminister Robert von Zedlitz-Trützschler stellt z. B. die KWG-Gründung und die Frankfurter Pläne in einen Kontext; vgl. Paul Kluge: Die Stiftungsuniversität Frankfurt am Main 1914–1932. Frankfurt am Main 1972, S. 75.
- 4 Forschung ist zwar, zumindest in Berlin, Teil der Akademiearbeit, wie es schon die alten Großprojekte zeigen, aber doch nur in einem engen Rahmen, mit spezifischen Vorgaben, etwa der Langzeitedititionsprojekte, und nicht als zentrale oder dominierende Aufgabe.
- 5 Rainer Nicolaysen („Frei soll die Lehre sein und frei das Lernen“. Zur Geschichte der Universität Hamburg. Hamburg 2008) nimmt ebenfalls „Demokratisierung“ als Referenzpunkt seiner Universitätsgeschichte.
- 6 Am 12. November 2010 in Lübeck beraten; vgl. Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Differenzierung der Hochschulen. Köln 2010.
- 7 Im folgenden Teil II nehme ich Argumente, z. T. wörtlich, auf, die ich an anderer Stelle ausführlicher vorgetragen habe; vgl. Heinz-Elmar Tenorth: Transformation der Wissensordnung. Die Berliner Universität vom ausgehenden 19. Jahrhundert bis 1945. Zur Einleitung. In: Ders. (Hg.): Transformation der Wissensordnung. Geschichte der Universität Unter den Linden, Bd. 5. Berlin 2010, S. 9–49, dort auch Literaturhinweise im Einzelnen.
- 8 Die Meinung von Kluge (wie Anm. 3), Einleitung, dass es keinen Reformbedarf in der Universität um 1900 gegeben habe und alle Innovationen „von einem noch ganz ungebrochenen Vertrauen in die Kraft und Sicherheit und Unerschütterlichkeit der Wissenschaftsidee [getragen]“ waren (ebd., S. 19), kann ich deshalb überhaupt nicht teilen; die hier diskutierten Ereignisse von „1911“ dementieren solche optimistischen Thesen hinreichend (ohne dass ich eine Verfallsgeschichte der Universität für das ausgehende 19. Jahrhundert schreiben will).
- 9 Sogar im Blick auf die Geisteswissenschaften; vgl. Adolf Harnack: Vom Großbetrieb der Wissenschaft. In: Preußische Jahrbücher 1905, S. 193–201.

- <sup>10</sup> Die Denkschrift Harnacks vom 21. November 1909 in: 50 Jahre Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften 1911–1961. Göttingen 1961, S. 80–94.
- <sup>11</sup> Lothar Burchardt: Wissenschaftspolitik im Wilhelminischen Deutschland. Göttingen 1975, S. 33.
- <sup>12</sup> „Die Wehrkraft und die Wissenschaft sind die beiden starken Pfeiler der Größe Deutschlands und der Preußische Staat hat seinen glorreichen Traditionen gemäß die Pflicht, für die Erhaltung beider zu sorgen.“ Harnack (wie Anm. 10), S. 89.
- <sup>13</sup> Für die skeptische Reaktion der Akademie vgl. Bernhard vom Brocke: Verschenkte Optionen. Die Herausforderung der Preußischen Akademie durch neue Organisationsformen der Forschung um 1900. In: Jürgen Kocka (Hg.): Die Königlich Preussische Akademie der Wissenschaften zu Berlin im Kaiserreich. Berlin 1999, S. 119–147.
- <sup>14</sup> Harnack war u. a. mit der Edition der Kirchenväter-Texte selbst daran beteiligt; vgl. Stefan Rebenich: Theodor Mommsen und Adolf Harnack. Wissenschaft und Politik im Berlin des ausgehenden 19. Jahrhunderts. Berlin/New York 1997.
- <sup>15</sup> Harnack (wie Anm. 10), S. 83 mit der bemerkenswerten Pointierung in der Randglosse: „Die Praxis hat die reine Wissenschaft nötig“.
- <sup>16</sup> Das Max-Planck-Institut für Eisenforschung z. B. ist dafür signifikant, vgl. die aktuelle Selbstdarstellung auf der website des Instituts: „Das Max-Planck-Institut für Eisenforschung GmbH (MPIE) ist ein gemeinsames Institut der Max-Planck-Gesellschaft (MPG) und des Stahlinstitutes VDEh (VDEh: Verein Deutscher Eisenhüttenleute). Da die Hälfte des Institutshaushalts (ohne Drittmittel) via VDEh durch die Industrie finanziert wird, bildet das Institut einen Ausnahmefall in der MPG. Der für den Gesamtetat zusätzlich in Betracht zu ziehende Drittmittelanteil ist im Vergleich der MPG-Institute ebenfalls ungewöhnlich und beträgt jährlich ca. 20%. Das Institut wurde im Jahr 1917 vom VDEh gegründet und der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft eingegliedert, der Vorläuferin der MPG. Zuerst war das Institut in Aachen angesiedelt und Gast des Eisenhütten-Institutes der Technischen Hochschule. 1921 erfolgte der Umzug nach Düsseldorf in Gebäude der Rheinischen Metallwarenfabrik als provisorische Bleibe. 1934/1935 errichtete der VDEh auf einem von der Stadt zweckgebunden überlassenen Grundstück das heutige Institutsgebäude, wo das MPI-E dann seinen endgültigen Standort fand.“
- <sup>17</sup> Harnack in einem Brief an Hermann Diels, 28.10.1912, im Anhang zu Rainer Hohlfeld/Jürgen Kocka/Peter Th. Walther: Vorgeschichte, Struktur, wissenschaftliche und politische Bedeutung der Berliner Akademie im Kaiserreich. In: Jürgen Kocka (Hg.): Die Königlich Preussische Akademie der Wissenschaften zu Berlin im Kaiserreich. Berlin 1999, S. 399–463, hier S. 461.
- <sup>18</sup> Für diese Geschichte insgesamt Kluge (wie Anm. 3).
- <sup>19</sup> Zu Merton – neben der schon älteren, aber immer noch unentbehrlichen Biographie von Hans Achinger (Wilhelm Merton in seiner Zeit. Frankfurt am Main 1965)

jetzt auch Ralf Roth: Wilhelm Merton. Ein Weltbürger gründet eine Universität. Frankfurt am Main 2010.

- <sup>20</sup> Für den Kontext und die Dimensionen dieses Prozesses vgl. Lutz Raphael: Die Verwissenschaftlichung des Sozialen als methodische und konzeptionelle Herausforderung für eine Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts. In: *Geschichte und Gesellschaft* 22 (1996), S. 165–193.
- <sup>21</sup> „The decision to create the School was made by four Fabians at a breakfast party at Borough Farm, near Milford, Surrey, on 4 August 1894. The four were Beatrice and Sidney Webb, Graham Wallas and George Bernard Shaw“ (LSE-Selbstbeschreibung 2011).
- <sup>22</sup> Zum Kontext vgl. Florian Tennstedt: 50 Jahre von 100. Wilhelm Polligkeit und der „Deutsche Verein“. In: Christoph Sachße/Florian Tennstedt (Hg.): *Geschichte und Geschichten* (Jahrbuch der Sozialarbeit 4). Reinbek 1981, S. 445–468; Anne Dore Stein: *Die Verwissenschaftlichung des Sozialen. Wilhelm Polligkeit zwischen individueller Fürsorge und Bevölkerungspolitik im Nationalsozialismus*. Wiesbaden 2009. Zu Wilhelm Polligkeit (1875–1960) generell: Studium der Rechtswissenschaften (Bonn), Diss. 1907: „Das Recht des Kindes auf Erziehung“; seit 1900 Privatsekretär bei Wilhelm Merton, 1903 bis 1920 Geschäftsführer der Centrale für private Fürsorge (dort war auch Christian Klumker Mitglied), einer Gründung des Frankfurter Instituts für Gemeinwohl, dessen Geschäftsführer er auch lange Jahre war. Mit dem Mäzen Wilhelm Merton verband ihn eine enge freundschaftliche Arbeitsbeziehung; 1920 Geschäftsführer des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge.
- <sup>23</sup> Ziehen nimmt schon an den ersten Gesprächen im preußischen Kultusministerium 1911 teil; vgl. Kluge (wie Anm. 3).
- <sup>24</sup> Zu Ziehen vgl. als ersten Überblick Günther Böhme: *Schulpolitik, Volkserziehungswissenschaft und Universitätspädagogik – aus Anlass des 60. Todestages von Julius Ziehen (1864–1928)*. In: Ders. (Hg.): *Geistesgeschichte im Spiegel einer Stadt. Frankfurt am Main und seine großen Persönlichkeiten*. Frankfurt am Main/Bern/New York 1986, S. 122–139.
- <sup>25</sup> Zitiert nach Kluge (wie Anm. 3), S. 81.
- <sup>26</sup> Adickes 1900, zitiert nach ebd., S. 48.
- <sup>27</sup> Zitiert nach ebd., S. 69.
- <sup>28</sup> Ebd., S. 88.
- <sup>29</sup> Ebd., S. 54.
- <sup>30</sup> Ebd., S. 78 f.
- <sup>31</sup> Für die Geschichte dieser Debatten stütze ich mich v. a. auf Ahrens (wie Anm. 2) sowie auf Nicolaysen (wie Anm. 5) mit Hinweisen auf die weitere Literatur; immer noch materialreich auch Werner von Melle: *Dreißig Jahre Hamburger Wissenschaft 1891–1921. Rückblicke und persönliche Erinnerungen*. 2 Bde. Hamburg 1923/1924; vgl. auch Jürgen Lüthje (Hg.): *Universität im Herzen der Stadt*. Hamburg 2002.

- <sup>32</sup> So in den Beratungen der Bürgerschaft 1912; vgl. Ahrens (wie Anm. 2), S. 75.
- <sup>33</sup> „Wir als Akademiker sind im edlen Sinne Diener der Kaufleute“, kann man 1911 in Hamburg hören; vgl. Jürgen Bolland: Die Gründung der „Hamburgischen Universität“. In: Universität Hamburg 1919–1969 [= Festschrift zum 50. Gründungstag der Universität Hamburg] o.O. o.J. [Hamburg 1970], S. 17–105, hier S. 58.
- <sup>34</sup> Andreas Knack, SPD, Bürgerschaft 1921; zitiert nach Nicolaysen (wie Anm. 5), S. 21.
- <sup>35</sup> Emil Krause, SPD, in der Hamburger Bürgerschaft im März 1919 bei der Beratung des Gründungsgesetzes „Vorläufiges Gesetz betreffend die Hamburgische Universität und die Volkshochschule“ vom 31.3.1919; zitiert nach Nicolaysen (wie Anm. 5), S. 8.
- <sup>36</sup> Hamburgische Universität: Reden, gehalten bei der Eröffnungsfeier am 10. Mai 1919 in der Musikhalle von Bürgermeister Dr. Werner von Melle und Professor Dr. Karl Rathgen, erstem Rektor der Universität. Hamburg 1919, S. 19.
- <sup>37</sup> Bolland (wie Anm. 33), S. 51 erwähnt entsprechende Argumente Münsterbergs schon für die Hamburger Diskussion von 1905.
- <sup>38</sup> Von Melle (wie Anm. 31), Bd. 1, S. 281, hier und S. 282 auch die Hinweise auf die weiteren Optionen, die er sieht.
- <sup>39</sup> In Abgrenzung von Vorschlägen, die der Berliner Altphilologe Ulrich von Wilamowitz-Moellendorf auch im Blick auf die französischen – außeruniversitären – grandes écoles macht, wehrt er auch Konzepte als „Überhochschule“ ab, die Volksbildung und Erwachsenenlernen in einer radikal neuen Universität verbinden sollen; Von Melle (wie Anm. 31), Bd. 1, S. 51 f.
- <sup>40</sup> „...ähnlich der Neugründung in Frankfurt am Main“, wie Nicolaysen ([wie Anm. 5], S. 22) Toni Cassirers Votum über Hamburg resümiert, die Referenz sehen auch schon die Hamburger Gründer; vgl. Ahrens (wie Anm. 2), S. 63–93, hier S. 80.
- <sup>41</sup> Für Baugeschichte und Text vgl. Klaus Dietrich Gandert: Vom Prinzenpalais zur Humboldt-Universität. Die historische Entwicklung des Universitätsgebäudes in Berlin mit seinen Gartenanlagen und Denkmälern. 3. Aufl. Berlin 1992, S. 51.
- <sup>42</sup> In Fichtes Wissenschaftslehre und in seiner Berliner Antrittsvorlesung wird dieser Begründungstext ganz scharf akzentuiert; vgl. Johann Gottlieb Fichte: Einige Vorlesungen über die Bestimmung des Gelehrten (1794). In: Ders.: Werke, Bd. 6. Berlin 1845/46, S. 321; die Funktion des Gelehrten wird in Fichtes Berliner Antrittsrede noch stärker im Blick auf den Seher und Propheten überhöht; vgl. ders.: Fünf Vorlesungen über die Bestimmung des Gelehrten, gehalten zu Berlin im Jahre 1811. In: Ders.: Werke, Ed. Medicus, Bd. 5. Leipzig 1910, S. 629–692.
- <sup>43</sup> Vgl. meine Hinweise zur Selbstbeschreibung der Humboldt-Universität nach 1945: Heinz-Elmar Tenorth: Selbstbehauptung einer Vision. In: Ders. (Hg.): Geschichte der Universität Unter den Linden 1810 bis 2010, Bd. 6: Selbstbehauptung einer Vision. Berlin 2010, S. 9–43.

- <sup>44</sup> Das Vorlesungsgebäude als „Zeichen der Einheit“, das formuliert der Historiker Erich Marcks schon als Erwartung in seiner Festrede zur Einweihung am 13. Mai 1911; vgl. von Melle (wie Anm. 31), Bd. 1, S. 46.
- <sup>45</sup> So Rektor Rathgen (wie Anm. 36), S. 25 im Blick auf die Entstehung, und er hatte dann hinzugefügt: „Bodenständig soll sie bleiben und dem Gemeinwesen dienen, das sie geschaffen hat.“ Siemers selbst sieht in seiner Rede zur Einweihung die Internationalität Hamburgs wie der Wissenschaft in wechselseitiger Stützung; vgl. Melle (wie Anm. 31), Bd. 1, S. 43.
- <sup>46</sup> So wurde 1837 das Ziel formuliert; vgl. Ahrens (wie Anm. 2), S. 69.
- <sup>47</sup> Zitiert nach Kluge (wie Anm. 3), S. 52.

## IMPRESSUM

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in  
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische  
Daten sind im Internet über <https://portal.dnb.de/> abrufbar.

Die Deutsche Nationalbibliothek hat die Netzpublikation archiviert.  
Diese ist dauerhaft auf dem Archivserver der Deutschen National-  
bibliothek verfügbar.

Die Online-Version dieser Publikation ist auf den Verlagsweb-  
seiten frei verfügbar (*open access*):

[http://hup.sub.uni-hamburg.de/purl/HamburgUP\\_HUR18\\_Hauptgebaeude](http://hup.sub.uni-hamburg.de/purl/HamburgUP_HUR18_Hauptgebaeude)

**ISBN** 978-3-937816-98-2 (Printausgabe)

**ISSN** 0438-4822 (Printausgabe)

Redaktion: Rainer Nicolaysen

Gestaltung: Patrick Schell, UHH Abt. 2

Produktion der gedruckten Ausgabe:

Elbepartner, BuK! Breitschuh & Kock GmbH, Hamburg

<http://www.hup.sub.uni-hamburg.de>

© 2012 Hamburg University Press, Verlag der Staats- und Universi-  
tätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky, Deutschland

Abbildungen auf S. 49 und S. 61:

Hamburger Bibliothek für Universitätsgeschichte



Universität Hamburg

DER FORSCHUNG | DER LEHRE | DER BILDUNG